

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Berner Schulblatt**

Band (Jahr): **114 (1981)**

Heft 26-29

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Organ des Bernischen Lehrervereins
114. Jahrgang, Bern, 26. Juni 1981

Organe de la Société des enseignants bernois
114^e année, Berne, 26 juin 1981

Kursausschreibungen

In den folgenden Kursen sind noch Plätze frei. Nähere Angaben sind im Lehrerfortbildungs-Programmheft unter der entsprechenden Kursnummer zu finden. Bitte beachten Sie die Anmeldeadresse (die Kurse sind durch verschiedene Stellen organisiert).

Kurse zwischen Sommer- und Herbstferien

Französische Lieder kennen und singen lernen/Nr. 16.8.20

Bern, 19., 26. August und 2. September 1981, 3mal 2 Stunden.

Geometrikurs für Sekundarlehrer/-innen: Einführung ins Lehrmittel Geometrie 2/Nr. 16.9.12

Bern, je Freitag, 21., 28. August und 4. September 1981, 14 bis 17.30 Uhr.

Geometrie II/Nr. 16.9.24

Bern, ab Montag, 17. August 1981, 17.45 bis 20.45 Uhr, 6mal 3 Stunden.

Wahrscheinlichkeitsrechnung/Statistik I/Nr. 16.9.26

Bern, ab Dienstag, 11. August 1981, 16.15 bis 19.15 Uhr, 6mal 3 Stunden.

Kurs nach den Herbstferien

Basteln auf der Unterstufe/Nr. 16.15.44

Bern, ab 28. Oktober 1981, 6 Mittwochnachmittage.

90. Schweizerische Lehrerbildungskurse 1981 in Zug

Gestützt auf Art. 17 der Weisungen über Staatsbeiträge an anerkannte Kurse und Veranstaltungen der Lehrerfortbildung werden den amtierenden und stellenlosen bernischen Lehrkräften die Kosten für die Teilnahme an den folgenden Kursen wie folgt vergütet:

Kurse 2-110, 114-116, 119-152, 156

Pauschalentschädigung von Fr. 270.- pro Woche.

Kurse 111-113, 117-118, 153-155, 157-158

Kursgeld.

Ein Antrag auf Rückerstattung ist bis spätestens 31. August 1981 an die Zentralstelle für Lehrerfortbildung, Sahlistrasse 44, 3012 Bern, einzureichen.

Mit dem Antrag sind einzusenden bzw. anzugeben:

- Testatheft
- Schulort und Schulhaus
- Beleg für das einbezahlte Kursgeld
- Postcheck- oder Bankkonto (wenn möglich Einzahlungsschein beilegen)

Zentralstelle für Lehrerfortbildung

Obligatorische Kurse

Turnen und Sport im Gelände

Die Kurse sind *zweitägig* und *obligatorisch* für Lehrkräfte *aller Stufen*. Sekundar- und Primarschullehrkräfte, Unterstufen- und Oberstufenlehrer sollen gemeinsam *Spiel und Sport im Gelände* erleben. Das neu erschienene Lehrmittel *Band 9* dient als Arbeitsunterlage. Die Aufgebote werden durch die administrativen Leiter direkt zugestellt.

Amt Erlach, 1 Kurs, Siselen, Leiter: *Studer Franz*, Roniger Erwin, Zurflüh Beat, Fries Hanni.

Amt Laufen, 1 Kurs in Laufen, Leiter: *Saner Bruno*, Halbeisen Leo, Spiess Heidi, Friedli Otto, Kurmann Hansruedi, Steiger Hans-David, Aeschbacher Walter.

Amt Signau, 1 Kurs in Eggiwil, Leiter: *Zingg Hansruedi*, Weber Yvonne.

1 Kurs in Signau, Leiter: *Hostettler Werner*, Probst Edi, Bichsel Marianne, Künzi Klaus.

1 Kurs in Langnau, Leiter: *Kobel Mark*, Koller Markus, Stiffler Heini, Stettler Hans.

Amt Konolfingen, 2 Kurse in Grosshöchstetten, Leiter: *Streit Jürg*, Frey Hans, Mauerhofer Rudolf, Marti Kurt.

1 Kurs in Münsingen, Leiter: *Iseli Jörg*, Kleefeld, Max-Peter, Brügger Christine, Aeschlimann René.

1 Kurs in Worb, Leiter: *Iseli Jörg*, Freiburghaus Rolf, Streit Jürg.

Amt Trachselwald, 1 Kurs in Huttwil, Leiter: *Wiedmer Martin*, Weber Max, Zahnd Res.

1 Kurs in Lützelflüh, Leiter: *Eichenberger Rosmarie*, Baumgartner Max, Kestenholz Peter.

1 Kurs in Wasen, Leiter: *Rickli Franz*, Zigerli Markus, Stauffer Ernst.

Amt Oberhasli, 1 Kurs in Meiringen, Leiter: *Wenger Lorenz*, Hiltbrand Jörg, Winkler Markus.

Inhalt - Sommaire

Kursausschreibungen	197
Obligatorische Kurse	197
Aus der Nähe betrachtet	198
Hauptversammlung der Sektion Oberaargau-Unteremmental des BMV	198
Lehrer-Erzieher?	198
VBA	199
Konzerte des Lehrerengesangsvereins «Ivan Filipovic» aus Zagreb	199
Redaktionelle Mitteilung	199
Communication de la rédaction	199
L'école complémentaire générale et ménagère doit être réorganisée	199
Mitteilungen des Sekretariates	200
Communications du Secrétariat	200

Amt Interlaken, 1 Kurs in Brienz, Leiter: *Grossniklaus Hannes*, Zurbrugg Elisabeth, Wenger Lorenz.

1 Kurs in Interlaken, Leiter: *Ast Bernhard*, Balmer Walter, Imhof Hermann.

1 Kurs in Wilderswil, Leiter: *Romang Karl*, Keller Doris, Lüdi Peter.

Amt Saanen, 1 Kurs in Gstaad, Leiter: *Stuedler Christian*, Vögeli Christian, Eggenberg Fränzi.

Amt Obersimmental, 1 Kurs in Zweisimmen, Leiter: *Wittwer Hanspeter*, Krähenbühl Doris, Lüdi Peter.

Amt Niedersimmental, 1 Kurs in Spiez, Leiter: *Kiener Markus*, Freidig Gottlieb, Ziörjen Martin.

1 Kurs in Spiez, Leiter: *Kiener Markus*, Freidig Gottlieb, Ziörjen Martin.

Amt Frutigen, 2 Kurse in Frutigen, Leiter: *Wandflub Dora*, Mischler Jürg, Marti Hansueli.

Wandflub Dora, Mischler Jürg, Bichsel Marianne.

Amt Schwarzenburg, 1 Kurs in Schwarzenburg, Leiter: *Zehnder Martin*, Beyeler Hanspeter, Michel René.

Aus der Nähe betrachtet

Undurchsichtige Notengebung

Über jedes System der Leistungsbewertung lässt sich diskutieren. Auch über Notengebung. Die bestehenden Vorschriften machen nun einmal das Erteilen von Noten zur Pflicht des Lehrers. Also machen wir das Beste daraus! Noten sind möglicherweise besser als ihr Ruf. Auf die Handhabung kommt es an.

Noten sollen *messen*: die Leistung des einzelnen. In Relation zu dessen Leistungsfähigkeit, aber auch zur Leistung anderer und zu den vom Prüfungsstoff her sich stellenden Anforderungen.

Noten sollen *informieren*: unter anderen den Schüler und den Lehrer im Sinne der Rechenschaftsablage. Und als Hinweise darauf, wo Lernprozesse erfolgreich waren, wo sie zu wiederholen oder weiterzuführen sind.

Wenn Noten beim Schüler aufbauend wirken, d. h. Lernprozesse auslösen sollen, müssen sie mindestens zwei Bedingungen erfüllen:

- Sie müssen dem Schüler *bekanntgegeben* werden, und zwar möglichst bald nach erbrachter Leistung.
- Sie müssen für den Schüler in bezug auf ihr Zustandekommen *durchschaubar* sein. Dies erfordert ein besonderes Bemühen des Lehrers dort, wo es nicht lediglich um «richtig» oder «falsch» geht: dort nämlich, wo vielfältige Gegebenheiten für Zustandekommen und Beurteilung einer Leistung zusammenwirken.

Lauter Selbstverständlichkeiten? Einverstanden!

Und doch werden immer wieder mündliche Leistungen mit Geheimnoten bewertet: Da erhalten Schüler für das Nacherzählen von Lektüreabschnitten bis zu drei Noten pro Semester. Sie kennen die ihnen erteilten Noten nicht, geschweige denn, dass deren Zustandekommen ihnen gegenüber erläutert worden wäre. Im Zeugnis erscheint dann anstelle der erwarteten $4\frac{1}{2}$ eine rätselhafte 4... zumal die fürs Erzählen erteilten Noten gleich gewichtet werden wie Aufsatznoten... Oder da steht unter den Aufsätzen eine nackte $4\frac{1}{2}$ oder 4. Kurze Hin-

weise auf inhaltliche oder formale Beurteilungsgesichtspunkte oder auch eine knappe persönliche Bemerkung des anteilnehmenden Lehrers vermöchten aus kalt-schnäuziger Notengeberei einen pädagogischen Akt zu machen... Oder da werden pro Zeugnisperiode zwei «allgemeine Rückblicksnoten in bezug auf die mündliche Beteiligung» gesetzt, je eine am Ende jeden Quartals. Sie lassen sich kaum schlüssig belegen, geschweige denn, dass sie dem Schüler mitgeteilt und mit ihm besprochen worden wären. Aber sie senken die Zeugnisnote um einen ganzen Punkt... Steter Abbau der Lernbereitschaft durch das Gefühl, Opfer von Willkür, von Ungerechtigkeit zu sein!

Man tut gewiss gut daran, heute in allen Lebens- und Arbeitsbereichen Transparenz zu fordern: transparente Verwaltung, transparente politische Verhältnisse, transparente Beförderungspraxis, transparente Wahlverfahren, transparente Entscheidungsprozesse. In der Notengebung ist Transparenz für den Meistbetroffenen, den Schüler nämlich, pädagogisches und lernpsychologisches Erfordernis.

H. R.

Hauptversammlung der Sektion Oberaargau-Untersimmental des BMV

Freitag, den 26. Juni 1981, 16.50 Uhr, im Rittersaal des Schlosses Burgdorf

I. Teil:

Geschäftliches

1. Protokoll der HV vom 27. Juni 1980
2. Rechnungsablage, Revisorenbericht
3. Mutationen
4. Wahlen
5. Bericht des Präsidenten
6. Verschiedenes

II. Teil: Apéro im Rittersaal und anschliessend Besichtigung des Schlosses unter der kundigen Führung unseres Kollegen Max Ingold

Für den Vorstand der Sektion: *Daniel Meichtry*

Lehrer-Erzieher?

Im Berner Schulblatt vom 29. Mai 1981 fiel mir im Zusammenhang mit dem SIPRI-Projekt folgender Abschnitt auf:

«Es könnten der staatlichen Schule neue Impulse gegeben werden. Benutzt deshalb die Gelegenheit zur Mitarbeit.»

Nach der Programmaufstellung kann ich mich eines unguuten Gefühls nicht erwehren. Irgendwie habe ich den Eindruck von «den Esel am Schwanz aufzäumen». Mich dünkt, die Prioritäten würden am falschen Ort gesetzt, und man denke in der falschen Richtung. Ein Gespräch mit unseren Erziehern bestärkte mich in diesem Eindruck.

Ich arbeite in einem Schulheim mit Lehrern und Erziehern zusammen, wobei die Lehrer in der Schule lehren, die Erzieher in der übrigen Zeit erziehen. Die Erzieher, welche eine Berufslehre, Berufspraxis, eine Heim-erzieherausbildung und Heimpraxis hinter sich haben, sprechen einhellig den Lehrern jegliche Fähigkeit als

Erzieher ab. Auch wenn ich mich als Lehrer immer auch als Erzieher gefühlt habe und noch fühle, kann ich den Erziehern eine gewisse Berechtigung ihrer Argumentation nicht absprechen. Erfahrungen mit jungen Lehrern zeigten mir, dass die jungen Leute von der Ausbildungsstätte in bezug auf Erziehungsprobleme denkbar wenig miterhalten und, wenn sie nicht von Haus aus ein erzieherisches Gspür mitbringen, beim kleinsten Anlass, wo der Erzieher zum Zug kommen sollte, «aufgeschmissen» sind.

Ich wehre mich dagegen, dass Lehrer keine Erzieher sein sollen. Aber man müsste vielleicht doch mehr in der Richtung denken, wie ein Lehrer auch in der Schule erzieht. Der Stoff müsste sich dem Ziel, erziehen zu wollen, unterordnen, dürfte immer nur Medium sein, nie Selbstzweck werden.

Ich nehme eigentlich an, dass ich da nichts Neues sage. Aber ich kann das Gefühl nicht loswerden, dass man, weil es so schwer ist, Erziehung als oberstes Ziel zu setzen, und weil man nicht weiss, wohin man erziehen will, lieber über den Stoff redet. Oder bin ich doch endgültig von gestern?

Walter Lobsiger

VBA

Am 3. Juni 1981 fand in Interlaken die ordentliche Delegiertenversammlung der «Vereinigung Bernischer Angestelltenverbände/VBA» statt, der als kantonaler Dachorganisation 10 Verbände (darunter auch der BLV) und 5 lokale Vereinigungen mit rund 40 000 Mitgliedern angeschlossen sind. Unter der Leitung von VBA-Präsident Hans-Ulrich Hug wurden die geschäftlichen Traktanden in kurzer Zeit abgewickelt, wobei der Präsident die zahlreichen Delegierten und Gäste über die zwischen der VBA und dem Gewerkschaftskartell des Kantons Bern abgeschlossene Vereinbarung zur Zusammenarbeit und den Stand der Strukturreform der «Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände/VSA» informierte.

Grüsse wurden überbracht im Namen des Regierungsrates vom bernischen Volkswirtschaftsdirektor Dr. Bernhard Müller, im Namen der Gemeinde Interlaken von Gemeindepräsident Kurt Borter, für die Arbeitgeber von Fürsprecher Eltz vom Arbeitgeberverband Bern und Umgebung und für das Gewerkschaftskartell des Kantons von dessen Präsident Grossrat Otto Messerli.

Über die beiden eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 13./14. Juni 1981 referierten Grossrätin Leni Robert und Nationalrat Alfred Neukomm. Dabei gab Frau Robert einen Überblick über den Werdegang des Verfassungsartikels «Gleiche Rechte für Mann und Frau», wobei sie sich engagiert mit den Argumenten der Gegner des neuen Verfassungsartikels auseinandersetzte und zu den noch herrschenden Benachteiligungen sowohl der Frauen gegenüber den Männern als auch der Männer gegenüber den Frauen Stellung bezog. Nationalrat Neukomm schilderte den Leidensweg des Konsumentenartikels, der gerade auch von den Organisationen der Arbeitnehmer seit Jahrzehnten dringend gefordert wurde. Die Versammlung folgte den Anträgen des Vorstandes und stimmte der JA-Parole für die beiden Verfassungsartikel einstimmig zu. *pd.*

Konzerte des Lehrergesangsvereins «Ivan Filipovic» aus Zagreb

Als Gast des Sängerbundes Bümpliz konzertiert der Lehrergesangsverein «Ivan Filipovic» aus Zagreb zum zweitenmal in Bern.

1972 wurden die jugoslawischen Sängerinnen und Sänger von Mitgliedern des Lehrervereins Bern-Stadt beherbergt.

Um unseren Kolleginnen und Kollegen aus Zagreb den Kontakt mit der bernischen Lehrerschaft erneut zu ermöglichen, beschloss das Vorstandsbüro, im Bernischen Lehrerverein auf die bevorstehenden Konzerte aufmerksam zu machen.

Der Gemischte Chor «Ivan Filipovic», er singt je zu einem Drittel geistliche Lieder, Kunstlieder und Volksweisen, konzertiert an folgenden Tagen:

- Sonntag, 28. Juni 1981, 20 Uhr, Stadtkirche *Thun*
- Dienstag, 30. Juni 1981, 20.15 Uhr, Heiliggeistkirche *Bern*
- Donnerstag, 2. Juli 1981, 19 Uhr, Schlosspark *Hümmigen*, Stalden/Konolfingen

Eintrittspreise: Fr. 6.- und Fr. 9.-

Vorverkauf

- Thun: Warenhaus Kyburg, Information
 - Bern: Warenhaus Ryfflihof, Information
 - Konolfingen: Papeterie und Buchhandlung H. Obrist
- Wir ermuntern zu einem regen Besuch der Konzerte.

Lehrerverein Bern-Stadt
Vorstandsbüro

Redaktionelle Mitteilung

Die nächsten Nummern des Berner Schulblattes und der Schweizerischen Lehrerzeitung erscheinen am 24. Juli und 21. August 1981.

L'Ecole bernoise

Communication de la rédaction

Les prochains numéros de l'«Ecole bernoise» et de la «Schweizerische Lehrerzeitung» paraîtront les 24 juillet et 21 août 1981.

A l'avenir un élément de la formation des adultes

L'école complémentaire générale et ménagère doit être réorganisée

La fréquentation de l'école complémentaire pour jeunes gens et jeunes filles devrait devenir en principe facultative dans le canton de Berne. Une obligation provisoire et limitée n'est prévue que pour les jeunes qui ne poursuivent pas de formation. Ces propositions sont contenues dans un rapport établi par un groupe de travail et que la Direction cantonale de l'instruction publique vient de mettre en consultation.

Au mois de juillet de l'année dernière, la Direction de l'instruction publique a publié un rapport intermédiaire fondé sur trois variantes sommaires concernant l'avenir de l'école complémentaire générale pour jeunes gens et de l'école complémentaire ménagère pour jeunes filles

(cours de cinq semaines). Les réponses exprimées ont été examinées dans l'intervalle et la variante sommaire esquissée ci-dessus développée en un modèle proprement dit.

Objectifs

L'école complémentaire, dans sa nouvelle conception, devra autant que possible faire disparaître les difficultés propres à la solution actuelle (perte de revenu, difficultés avec l'employeur, fausse motivation, caractère de contrainte, etc.). Le thème dominant des travaux pose en principe que chacun a le droit de parfaire sa formation dans les limites du répertoire offert, selon ses besoins et selon ses capacités.

Par conséquent le groupe de travail considère la future école complémentaire comme une partie de la formation des adultes. Elle doit en principe être accessible à chacun, à la fin de la scolarité obligatoire, et offrir un répertoire intéressant du point de vue des matières et du point de vue financier.

En partant d'un programme obligatoire de trois semaines au total pour tous les jeunes qui ne poursuivent pas une formation (école, apprentissage ou formation élémentaire), il faut tenter de motiver une partie des intéressés de manière telle qu'ils optent encore pour un surplus de formation, voire de formation continue.

Matières de la nouvelle école complémentaire

Les cours obligatoires que nous avons déjà mentionnés se fondent en particulier sur l'alimentation/économie familiale. Ils seront complétés par des thèmes de culture générale comprenant de l'instruction civique, des questions relatives au choix d'une profession et à la formation continue. Cet enseignement consiste beaucoup plus à susciter un intérêt et à engager le candidat à s'astreindre à une formation facultative qu'à lui inculquer des matières. En plus des cours obligatoires, il conviendra de créer un vaste répertoire de cours facultatifs ou de compléter celui dont nous disposons déjà. Pour ce qui concerne les cours que l'Etat doit encourager spécialement, le groupe de travail a émis des idées directrices dans les domaines de l'économie familiale, de la formation complémentaire générale et de l'éthique de la vie.

Maintien de l'acquis

Un peu à l'opposé de ce qu'a réalisé le canton de Zurich, le fait de présenter une école complémentaire dans sa nouvelle conception ne signifie pas créer un nouveau type d'école. Les organisations actuelles comme par exemple l'Université populaire, les associations féminines, les chambres d'économie publique, etc. conservent leurs attributions. Comme sous l'ancienne réglementation les collectivités responsables des cours seront avant tout les communes qui pourront mettre au point une organisation correspondant à leurs conditions. Les cours facultatifs d'économie familiale donnés jusqu'à présent pourront aisément être pris en considération.

1^{er} août 1982?

Le groupe de travail ne propose pas à la Direction de l'instruction publique d'élaborer une nouvelle loi sur l'école complémentaire, mais seulement de modifier l'arrêté du Grand Conseil de 1952 qui confère le caractère obligatoire aux cours de cinq semaines. Deux avantages y sont liés: il n'y a pas à craindre qu'une nouvelle loi fasse obstacle aux travaux de révision des lois scolaires et la nouvelle solution peut être mise à l'épreuve avant qu'intervienne une réglementation légale définitive.

Dans son projet de modification de l'arrêté du Grand Conseil, le groupe de travail propose de faire entrer en vigueur la nouvelle réglementation le 1^{er} août 1982. Jusqu'à ce moment-là, les cours de cinq semaines comme aussi l'école complémentaire générale se dérouleront comme précédemment.

Répondant récemment à une pétition demandant l'impunité pour ceux qui entendaient boycotter les cours de cinq semaines, le Conseil exécutif a déclaré clairement que les autorités cantonales étaient décidées à maintenir l'obligation jusqu'à ce que le Grand Conseil en décide autrement.

Calendrier

La consultation engagée durera jusqu'à fin juillet. Après cela, le Conseil exécutif décidera si la nouvelle conception de l'école complémentaire doit être présentée au Grand Conseil dans la forme exposée. Si tel est le cas, on peut admettre que le Grand Conseil décidera de l'avenir de l'école complémentaire lors de la session de février 1982.

Oid

Mitteilungen des Sekretariates

Besprechung mit der Erziehungsdirektion

Dienstag, den 19. Mai 1981, 14-15.30 Uhr

Teilnehmer

Von der Erziehungsdirektion: Die Herren Erziehungsdirektor Henri-Louis Favre, Hans Ulrich Bratschi, Roland Müller, Andreas Kämpfer, Urs Kramer, Denis Racle, Hanspeter Riesen und Peter Vauthier.

Vom BLV: Frau Regine Rentsch und die Herren Yves Monnin, Arthur Reber, Ulrich Thomann und Moritz Baumberger.

Communications du Secrétariat

Rencontre avec la Direction de l'instruction publique

Mardi 19 mai 1981, 14 h. à 15 h. 30

Participants

De la DIP: M. Henri-Louis Favre, directeur de l'Instruction publique, et MM. Hans Ulrich Bratschi, Roland Müller, Andreas Kämpfer, Urs Kramer, Denis Raclei Hanspeter Riesen et Peter Vauthier.

De la SEB: M^{me} Régine Rentsch et MM. Moritz Baumberger, Arthur Reber, Ulrich Thomann et Yves Monnin.

Nach einer kurzen Begrüssung durch den Erziehungsdirektor brachte Zentralsekretär Baumberger zwei Probleme im Zusammenhang mit dem Koordinationsgesetz für den Übergang zum Schuljahrbeginn im Spätsommer zur Sprache:

- Der Grosse Rat hat die Dauer des Gymnasiums neu umschrieben: «Nach der neunjährigen obligatorischen Schulzeit müssen noch mindestens drei Jahreskurse durchgeführt werden». Regierungsrat und Kommission hatten «mindestens dreieinhalb Jahreskurse» vorgeschlagen. Im geltenden Text steht: «dreieinhalb Jahreskurse». Damit ist ein Problem unserer Schulstrukturen aufgegriffen worden, das eigentlich nur in einem grösseren Zusammenhang richtig beurteilt und gelöst werden kann. Angesichts der heutigen Anforderungen wäre jedenfalls ein nur drei Jahre dauerndes Gymnasium undenkbar. Deshalb wird vom Beschluss des Grossen Rates auch die Sekundarschule berührt, d. h. die Frage des Untergymnasiums aufgeworfen. Würde man normalerweise nach dem achten Schuljahr ins Gymnasium übertreten, müsste man die Frage prüfen, ob diese Möglichkeit nicht auch für die Seminaristen einzuführen wäre.
- Der Rat hat zwar dem Koordinationsgesetz sehr deutlich zugestimmt. Aber die vielen Stimmenthaltungen zeigen doch eine grosse Unlust auf. Es ist eben schon so, dass in unseren klimatischen Verhältnissen weder Frühlings- noch Spätsommerschulbeginn an sich wesentlich vorteilhafter sind. Weil aber unterschiedliche Termine vielen Betroffenen grosse Schwierigkeiten bereiten und weil politisch nur der Spätsommer als Zeitpunkt für einen einheitlichen Schuljahrbeginn zu verwirklichen ist, sollten wir weiter an möglichst günstigen Voraussetzungen für die Volksabstimmung über das Koordinationsgesetz arbeiten.

Urs Kramer betonte in seiner Stellungnahme zur ersten Frage, dass mit dem Beschluss des Grossen Rates einfach die Situation weiterhin offen gelassen, aber noch nichts entschieden worden sei. Dies habe der Kommissionspräsident vor dem Grossen Rat ja auch hervorgehoben. Der Kanton Bern habe bei seinen Entscheidungen auch die Verhältnisse in den umliegenden Kantonen zu beachten und dürfe nicht eine neue Diskoordination einführen. Es sei denkbar, während einer Übergangszeit die Maturitätsprüfung im Mai/Juni durchzuführen und den Maturanden vor Studienbeginn die Möglichkeit zum Absolvieren der Rekrutenschule zu geben.

Arthur Reber, Präsident des Gymnasiallehrervereins, berichtete, dass in seinem Vorstand eine Minderheit fürchte, mit dem Koordinationsgesetz werde ein dreijähriges Gymnasium nach neun obligatorischen Schuljahren beschlossen. Eine Mehrheit befürworte ein vierjähriges Gymnasium nach der achten Klasse, wobei Spätentwickler die Möglichkeit haben müssten, nach der neunten Klasse in die Quarta überzutreten. Reber antwortet auf den Einwand, dass damit eine zu grosse Zahl von Maturanden ein Jahr wiederholen müssten, dass im Gegenteil den anderen die Möglichkeit geboten werde, ein Jahr zu gewinnen.

Zur zweiten Frage hat Peter Vauthier bei seinen Besuchen in BLV-Sektionsversammlungen ein Umdenken festgestellt. Es wird nicht mehr mit scheinpädagogischen Argumenten gegen den Spätsommerbeginn gekämpft,

Après de brèves salutations du directeur de l'Instruction publique, Moritz Baumberger lança la discussion par deux problèmes en relation avec la loi de coordination pour le déplacement du début de l'année scolaire à la fin de l'été:

- Le Grand Conseil vient de donner une nouvelle définition de la durée des études gymnasiales: «Après les neuf années de scolarité obligatoire, des cours d'au moins trois ans doivent encore être organisés». Le Conseil exécutif et les commissions avaient proposé «des cours d'au moins trois ans et demi», alors que le texte légal actuel dit «des cours de trois ans et demi». On aborde là un problème de nos structures scolaires qu'on ne peut véritablement juger et résoudre que dans un contexte plus vaste. Face aux exigences actuelles, un gymnase d'une durée de seulement trois ans serait inconcevable. C'est pourquoi la décision du Grand Conseil concerne aussi l'école secondaire: elle pose la question du sous-gymnase. Si on entrait normalement au gymnase après la huitième année scolaire, on devrait examiner également si une telle possibilité ne devrait pas être envisagée pour les écoles normales.
- Certes, le Grand Conseil a approuvé de manière très nette la loi de coordination. Mais les nombreuses abstentions lors de la votation prouvent un important malaise. Sous nos climats, il n'y a pas d'avantages essentiels à faire débiter l'année scolaire à la fin de l'été plutôt qu'au printemps. Mais, comme des dates différentes provoquent de grandes difficultés à de nombreux milieux concernés et que, politiquement, il n'y a que la fin de l'été qui puisse être envisagée comme période pour un début uniforme de l'année scolaire, nous devrions essayer de réaliser les meilleures conditions possibles pour la votation populaire sur la loi de coordination.

S'exprimant sur la première question, Urs Kramer insista sur le fait que la décision du Grand Conseil laissait une situation ouverte et que rien n'était encore décidé. Le président de la commission parlementaire l'avait d'ailleurs déjà relevé devant le Grand Conseil. Dans les décisions qu'il prend, le canton de Berne doit tenir compte des conditions existant dans les cantons environnants et veiller à ne pas créer une nouvelle désorganisation (manque de coordination). Il serait pensable, dans une période transitoire, d'organiser les examens de maturité en mai/juin et de permettre aux bacheliers d'accomplir leur école de recrue avant le début de leurs études universitaires.

Arthur Reber, président de la Société des maîtres de gymnase, précisa qu'une minorité de son comité craignait que la loi de coordination ne fixe un gymnase de trois ans après les neuf années de scolarité obligatoire. Une majorité se prononçait pour un gymnase de quatre ans après la classe de huitième. Ainsi les élèves qui se développent plus tardivement auraient la possibilité d'entrer en Quarta (dernière année du sous-gymnase) après la neuvième année de scolarité obligatoire. Arthur Reber répond à l'objection qu'il ne s'agirait pas de faire redoubler une année à un grand nombre de bacheliers, mais qu'il s'agirait de permettre à certains d'en gagner une.

Répondant à la deuxième question, Peter Vauthier affirma avoir constaté, lors de ses passages dans les as-

sondern vor allem der Unmut darüber geäußert, dass sich eine Mehrheit einer Minderheit fügen müsse. Er möchte im Berner Schulblatt an konkreten Beispielen zeigen, welche Schwierigkeiten in den Grenzregionen für die betroffenen Einzelnen entstehen, und anlässlich einer im August/September vorgesehenen Konferenz noch einmal mit den Sektions- und Stufenorganisationspräsidenten über die ganze Frage sprechen. Die Erziehungsdirektion setzt Vertrauen in das Können und die Phantasie der Lehrer und möchte auf das Ausarbeiten von Vorschlägen und Anregungen für die Gestaltung der zehn Zusatzwochen im Langschuljahr eher verzichten. Das würde der gesetzlich gewährleisteten Selbständigkeit der Berner Lehrer entsprechen. Nur diese können richtig beurteilen, welche Mängel in der Ausbildung ihrer Klasse zu beheben sind und welche Möglichkeiten in den besonderen örtlichen Verhältnissen liegen. Da bei der parlamentarischen Behandlung die Bereitstellung von Gestaltungsvorschlägen jedoch erwähnt wurde, muss die Frage noch näher abgeklärt werden.

Gestützt auf die ausgedehnte und rege benützte Vernehmlassung zum Koordinationsgesetz erklärten die BLV-Vertreter, dass die Vereinsleitung zwar den ablehnenden Stimmen durch eine gewisse Zurückhaltung Rechnung zu tragen habe, aber nach wie vor zum Koordinationsgesetz und zu dem guten Übergangsdekret steht. Die Probleme mit dem unterschiedlichen Schuljahrbeginn müssen endlich gelöst werden, damit man sich wichtigeren Koordinationsanliegen widmen kann. Insbesondere werden sich auch die Kollegen im Berner Jura für das neue Gesetz einsetzen.

Besoldungsprobleme der Gymnasiallehrer

Arthur Reber trug den Vertretern der Erziehungsdirektion drei aus der Sicht des BGV-Vorstandes unbefriedigend geregelte Besoldungsfragen vor:

- Das Kürzen der Besoldung, wenn ein Gymnasiallehrer einen zu grossen Anteil seines Pensums an Klassen innerhalb der Schulpflicht unterrichtet, trifft einzelne Lehrer manchmal sehr hart und kann zu unbefriedigenden Lösungen führen, indem der besonders wichtige grundlegende Unterricht in der Quarta aus besoldungstechnischen Gründen unerfahrenen Junglehrern oder Studenten übertragen wird. Eine grundsätzliche Neubeurteilung des ganzen Problemkreises wird zwar nur im Rahmen einer grösseren Revision möglich sein, doch könnte eine etwas konziliantere Handhabung der geltenden Bestimmungen schon Abhilfe schaffen, z. B. wenn man die Diplom- und Anschlussklassen der Oberstufe zurechnen und auf mehrere Schulen verteilte Pensen als ein Ganzes anrechnen würde.
- Die starre Handhabung der Pflichtlektionenvorschriften hat zur Folge, dass Gymnasiallehrer im einen Semester manchmal Zusatzlektionen, im folgenden Semester aber ein unvollständiges Pensum haben. Ein Ausgleich von einem Semester zum anderen innerhalb einer bestimmten Bandbreite sollte möglich sein.
- Gewisse Lehrerkategorien erhalten Wegentschädigungen, wenn sie an mehreren Schulorten unterrichten müssen. Wie steht das für Gymnasiallehrer?

Urs Kramer erinnerte in seiner Antwort an die Revision des Besoldungsgesetzes im Jahre 1973, bei der sich die Erziehungsdirektion sehr für vernünftige und fortschrittliche Lösungen eingesetzt hat. Der Grosse Rat

semblées des sections de la SEB, un changement dans les avis. Actuellement, on ne s'oppose plus au déplacement du début de l'année scolaire à la fin de l'été par des arguments pseudo-pédagogiques, mais on exprime sa mauvaise humeur devant le fait qu'une majorité doive se soumettre à une minorité. Il souhaite pouvoir montrer dans l'«Ecole bernoise», par des exemples concrets, les difficultés qui se présentent dans les régions frontalières. Il souhaite également pouvoir discuter encore une fois tout le problème lors d'une conférence avec les présidents des sections et des organisations de degrés, séance qui aurait lieu en août/septembre. La Direction de l'Instruction publique fait confiance au savoir-faire des maîtres et à leur imagination. Elle préférerait renoncer à élaborer des propositions ou des projets pour les dix semaines supplémentaires de l'année longue. Cette manière de faire correspond mieux à la liberté des enseignants bernois garantie par la loi. Il n'y a qu'eux qui puissent juger objectivement des manques dans la formation de leurs élèves et qui puissent tenir compte des conditions locales particulières. Comme la préparation de projets a toutefois été évoquée lors de la discussion parlementaire, c'est un point qu'il faudra encore tirer au clair.

Se basant sur une consultation détaillée et à laquelle ont pris part de nombreux enseignants, les représentants de la SEB ont déclaré que les organes directeurs de la société devaient tenir compte des oppositions et manifester une certaine retenue. Cependant, comme auparavant, ils se déclarent favorables à la loi de coordination et au décret transitoire. Il s'agit de trouver enfin une solution aux problèmes posés par des débuts différents de la scolarité. On pourra alors, par la suite, se consacrer à des points plus importants de la coordination. Les collègues du Jura bernois s'engageront en particulier en faveur de la nouvelle loi.

Problèmes de traitements des maîtres de gymnase

Arthur Reber présenta aux représentants de la Direction de l'Instruction publique différents problèmes de traitements réglés de manière insatisfaisante, selon le point de vue du Comité de la Société des maîtres de gymnase:

- La réduction du traitement quand un maître de gymnase donne un nombre d'heures trop grand dans des classes de la scolarité obligatoire touche parfois durement certains maîtres. Cette réglementation peut conduire à des solutions regrettables: l'enseignement de base particulièrement important de la Quarta (dernière année du sous-gymnase) est souvent confié, pour de simples raisons de traitement, à de jeunes enseignants inexpérimentés ou à des étudiants. Une nouvelle appréciation fondamentale de tous ces problèmes ne sera certes possible que dans le cas d'une révision plus importante. Cependant, une application plus souple des dispositions en vigueur pourrait déjà améliorer la situation. Il suffirait, par exemple, d'ajouter au degré supérieur les classes de diplôme et les classes terminales et de calculer globalement les heures données dans plusieurs écoles.
- L'application stricte des prescriptions sur les leçons obligatoires fait que les maîtres de gymnase ont parfois, durant un semestre, des leçons supplémentaires, alors qu'ils ont un horaire incomplet le semestre suivant. Il devrait être possible d'équilibrer d'un semestre sur l'autre dans le cadre de certaines limites.

hat seine Zustimmung in Kenntnis der in der Pflichtlektionenverordnung festgelegten Drittelsregelung für Gymnasiallehrer gegeben. Die an Gymnasien geltende Bandbreite für das Pflichtpensum ist das Ergebnis einer langen Entwicklung. Für Lehrer an höheren Mittelschulen existieren Wegentschädigungen schon lange.

Rolf Seiler, Fachbeamter für Personelles, übergab dem Präsidenten des BGV eine Dokumentation zu den aufgeführten Fragen.

Zentralsekretär Baumberger wies darauf hin, dass gleiche oder ähnliche Probleme auch für andere Lehrerkategorien, z. B. Diplomturnlehrer, Lehrer an Weiterbildungs-klassen usw. bestehen. Es wäre denkbar, im Rahmen der Gesamtrevision der Bildungsgesetzgebung ein Gesetz über die Anstellungsverhältnisse der Lehrer zu schaffen und dabei die vielen unbefriedigend geregelten Probleme neu zu überdenken und in gegenseitiger Abstimmung zu lösen.

Erziehungsdirektor Favre schlug vor, die vorgelegten Fragen aufgrund der erhaltenen Informationen zu überdenken und nötigenfalls an einer anderen Besprechung erneut zur Diskussion zu stellen.

Hauswirtschaftslehrerinnenausbildung

Als Vertreterin des Bernischen Hauswirtschafts- und Gewerbelehrerinnenverbandes trug Regine Rentsch den Wunsch vor, das seit 1952 vorgeschriebene Praxisjahr vor Eintritt ins Hauswirtschaftslehrerinnenseminar in abgeänderter Form auch bei der neuen Ausbildung beizubehalten. Es habe sich bewährt, sei von der Mehrzahl der Vernehmlassungsteilnehmer gewünscht und doch bisher auch nicht zur Ausbildungszeit gerechnet worden.

Erziehungsdirektor Favre erklärte, dass der Regierungsrat nur mit einigem Zögern der Verlängerung auf fünf Jahre zugestimmt habe. Mit dem obligatorischen Haushaltjahr würde die Ausbildung sechs Jahre dauern.

Urs Kramer wies darauf hin, dass einerseits durch neue BIGA-Vorschriften das Haushaltjahr verändert worden ist und dass andererseits das im Ausbildungskonzept enthaltene Praxisjahr anders konzipiert war, als der bisherige Vorkurs.

Hanspeter Riesen zeigte Verständnis für das Anliegen der Haushaltungslehrerinnen, das übrigens im Vortrag an den Regierungsrat deutlich zum Ausdruck gebracht worden sei. Wegen der Rücksicht auf andere Lehrerausbildungen könnte aber das verlangte Praxisjahr das fünfte Seminarjahr gefährden. Möglichkeiten für Sozial- und Wirtschaftspraktika werden auch für andere Lehrerausbildungen geprüft. Entsprechende allfällige Beschlüsse hätten Rückwirkungen auf die Haushaltungslehrerinnenausbildung.

Regine Rentsch hielt fest, dass natürlich die fünfjährige Ausbildung für ihren Verband Priorität habe und nicht in Frage gestellt werden dürfe.

Erziehungsdirektor Favre sicherte eine ausführliche schriftliche Antwort auf die Eingabe des Verbandes zu.

Fortbildungsschule

Kantonalpräsident Ulrich Thomann fragte nach dem Stand der Arbeiten betreffend die Fortbildungsschule für Mädchen und Knaben. Die lange «Funkstille» habe der «Gerüchtebörse» Nahrung gegeben.

Andreas Kämpfer, verantwortlicher Sachbearbeiter der Erziehungsdirektion, antwortete folgendermassen:

– Certaines catégories d'enseignants reçoivent des indemnités de déplacement lorsqu'ils enseignent dans plusieurs écoles. Qu'en est-il des maîtres de gymnase?

Dans sa réponse, Urs Kramer mentionna la révision de la loi sur les traitements de 1973. La Direction de l'instruction publique s'était alors engagée pour des solutions raisonnables et progressistes. Le Grand Conseil a donné son accord en connaissance de la «réglementation du tiers» pour les maîtres de gymnase, telle qu'elle est fixée dans l'ordonnance sur les leçons obligatoires. La marge appliquée en ce qui concerne le nombre d'heures obligatoires dans les gymnases est le résultat d'une longue évolution. Pour les maîtres enseignant dans les écoles moyennes supérieures, les indemnités de déplacement existent depuis fort longtemps déjà.

Rolf Seiler, spécialiste des questions de personnel, remit au président de la Société des maîtres de gymnase une abondante documentation au sujet des problèmes évoqués.

Moritz Baumberger, secrétaire central de la SEB, montra que les mêmes problèmes ou des problèmes analogues se posaient aussi pour d'autres catégories d'enseignants, comme les maîtres de gymnastique diplômés, les maîtres des classes de perfectionnement, etc. Il estima qu'il serait pensable, dans le cadre de la révision totale des lois sur l'éducation, de créer une loi sur les conditions d'engagement des enseignants. On pourrait alors revoir les nombreux cas réglés de manière insatisfaisante et les résoudre d'un commun accord.

Le directeur de l'Instruction publique invita alors les participants à réfléchir aux différents problèmes posés sur la base des informations données par la DIP et, au besoin, à les remettre en discussion lors d'une prochaine rencontre.

Formation des enseignantes en économie familiale

Régine Rentsch, représentante de l'Association cantonale bernoise des maîtresses ménagères et professionnelles, souhaite que, dans la nouvelle formation, soit maintenue l'année de pratique avant l'entrée à l'école normale ménagère, telle qu'elle a été prescrite en 1952. Une majorité des participants à la consultation avaient déjà émis ce vœu et pourtant, jusqu'à présent, il n'a pas été retenu pour la nouvelle formation.

M. Favre déclara que le Conseil exécutif n'avait souscrit à la prolongation en cinq ans de la formation qu'après bien des hésitations. Avec une année de pratique ménagère obligatoire, cela porterait la formation à six ans.

Urs Kramer ajouta que les nouvelles prescriptions de l'OFIAMT avaient modifié l'année d'apprentissage ménager d'une part, et que, d'autre part, une année de pratique différente du cours préparatoire actuel était envisagée dans la conception de la formation.

Hanspeter Riesen exprima sa compréhension pour la proposition des maîtresses en économie familiale. Il ajouta qu'elle avait été mentionnée clairement dans le rapport adressé au Conseil exécutif. En considérant la durée de formation des autres catégories d'enseignants, l'exigence de l'année pratique pourrait mettre en danger la cinquième année d'école normale. Des possibilités de pratique sociale et économique sont d'ailleurs aussi envisagées pour les autres formations d'enseignants. D'éventuelles décisions correspondantes auraient des répercussions sur la formation des maîtresses en économie familiale.

Régine Rentsch déclara alors que, pour son association, la formation en cinq ans avait la priorité et ne devait plus être remise en question.

Le directeur de l'Instruction publique donna l'assurance qu'une réponse écrite détaillée serait donnée à la requête des enseignantes en économie familiale.

Ecole complémentaire

Le président du Comité cantonal, Ulrich Thomann, demanda où en étaient les travaux concernant l'école complémentaire pour garçons et filles. Pour lui, la «longue période de silence» ne faisait qu'alimenter les potins les plus divers.

Andreas Kämpfer, responsable de cet objet à la Direction de l'instruction publique, répondit de la manière suivante:

- Le rapport final du groupe de travail vient de sortir et sera mis en consultation par la DIP jusqu'à fin juillet.
- Dans le sens d'une évolution progressive, et en tenant compte de la révision totale envisagée des lois sur l'éducation, le rapport propose de maintenir une obligation partielle pour les garçons et filles qui ne poursuivent pas de formation.
- Une décision du Grand Conseil est nécessaire pour réaliser le projet qui sera soumis au parlement dans sa session de février 1982.
- Après une phase d'essais, une solution à long terme devra être recherchée dans le cadre d'une loi sur l'école complémentaire ou sur la formation des adultes.

Pour terminer, Ulrich Thomann remercia la Direction de l'instruction publique de la possibilité qu'elle offre à la SEB d'aborder avec ses représentants les importants problèmes scolaires lors de rencontres bilatérales et du fait que la SEB peut prendre position par écrit sur toutes les décisions fondamentales, comme, par exemple, les grilles horaires dans les plans d'études.

De son côté, le directeur de l'Instruction publique releva l'excellente collaboration entre la Société des enseignants bernois et la Direction de l'instruction publique. Cette collaboration profite à l'école bernoise et facilite le travail de la DIP.

La prochaine rencontre est fixée au 27 août 1981.

Le présent rapport a été soumis à l'approbation des participants avant sa publication.

Secrétariat de la SEB: *Moritz Baumberger*
Adaptation française: *Yves Monnin*

- Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe ist kürzlich verabschiedet worden und wird von der ED bis Ende Juli in Vernehmlassung gegeben.
- Im Sinne einer schrittweisen Entwicklung im Hinblick auf die geplante Gesamtrevision der bernischen Bildungsgesetzgebung ist ein Teilobligatorium für Mädchen und Knaben ohne weiterführende Ausbildung vorgeschlagen worden.
- Zur Verwirklichung der Vorschläge ist ein Grossratsbeschluss nötig, welcher dem Rat in der Februar-session 1982 unterbreitet werden soll.
- Eine längerfristige Lösung muss nach einer Versuchsphase im Rahmen eines neuen Fortbildungsschul- oder eines Erwachsenenbildungsgesetzes gesucht werden.

Zum Schluss dankt Ulrich Thomann dafür, dass dem BLV immer wieder Gelegenheit geboten wird, wichtige Schulfragen im direkten Gespräch mit den Vertretern der Erziehungsdirektion zu erörtern oder schriftlich zu grundlegenden Beschlüssen wie z. B. zu den Stunden-tafeln in den Lehrplänen Stellung nehmen zu können. Erziehungsdirektor Favre seinerseits erklärte, dass die gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Lehrerorganisation und Erziehungsdirektion sich zum Wohl der bernischen Schule auswirke und ihm seine Aufgabe erleichtere.

Als Datum für die nächste Besprechung wurde der 27. August 1981 festgelegt.

Dieser Bericht wurde vor der Veröffentlichung den Beteiligten unterbreitet.

Sekretariat BLV: *Moritz Baumberger*

Schliessung des Sekretariates

Wegen Betriebsferien bleibt das Sekretariat des Bernischen Lehrervereins von Montag, 13. Juli 1981, bis Freitag, 24. Juli 1981 geschlossen.

Der Kantonalvorstand

Fermeture du Secrétariat

En raison des vacances annuelles, le Secrétariat de la Société des enseignants bernois restera fermé du lundi 13 juillet au vendredi 24 juillet 1981.

Le Comité cantonal

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17 (evtl. über 037 39 21 86 erreichbar).

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breitenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co. Case postale 1342, 3001 Berne